

## Nur obere Einkommen profitieren

**Zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 8. März über die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» und die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer»**

Zweimal Nein am 8. März zu Entlastungen der oberen Einkommen: Die Steuerbefreiung von Familienzulagen der sogenannten Familieninitiative erscheint familienfreundlich, ist aber ein Etikettenschwindel: Profitieren würden nämlich in erster Linie reiche Familien. Wegen der Progression würden besonders der obere Mittelstand und Personen mit hohem Einkommen steuerlich entlastet. Aber genau die Familien, die eine Entlastung am dringendsten nötig hätten, gehen leer aus.

Gemäss Botschaft des Bundesrates hätte die Initiative bei Bund und Kantonen happige Mindererinnahmen von mindestens 1 Milliarde Franken zur Folge. Geld, das andernorts viel besser und effizienter für Kinder und Familien eingesetzt werden könnte.

Auch der Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer, wie es die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer» will, ist unsocial. Dies deshalb, weil die Kosten für Energie bei Personen oder Familien mit einem kleinen Einkommen prozentual einen grösseren Anteil am gesamten Budget ausmachen. Diese Haushalte würden so überproportional belastet und der energiepolitische Umbaupassierte ausgerechnet auf ihrem Rücken. Die Initiative hat einen fatalen Konstruktionsfehler:

Würde die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer ersetzt, wäre rund ein Drittel aller Steuereinnahmen an den Konsum von umweltschädlichen Energieträgern geknüpft. Die Energiesteuer macht die Staatsfinanzen damit paradoxerweise von dem abhängig, was sie eigentlich überwinden will. Würde die Steuer tatsächlich wirken und der fossile Verbrauch abnehmen, hätte das eine schlechende Schrumpfung des gesamten Steueraufkommens zur Folge.

Die SP setzt sich für eine Stärkung der Familien und für die Förderung erneuerbarer Energien ein. Diese Volksinitiativen sind aber der falsche Weg zu diesen Zielen, weshalb ich zweimal entschieden Nein sage.

Jeremi Graf,  
SP-Gemeinderat, Opfikon

## Müssen wir die Pferde vorspannen?

**Zur eidgenössischen Abstimmung vom 8. März über die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer»**

Es mag ja sein, dass die Mehrwertsteuer ein kompliziertes bürokratisches Gebilde ist – aber mal ehrlich, gilt das nicht auch für die Energiesteuer der Grünliberalen? Die Initiative will die Energie aufteilen in gute und schlechte und dann die nicht erneuerbare Energie so besteuern, dass gleich viel Geld in die Bundeskasse strömt wie heute mit der Mehrwertsteuer.

Das sieht auf den ersten Blick einfach aus. Man schätzt, dass die Heizöl- und Treibstoffkosten um gut 3 Franken pro Liter aufschlagen würden. Die Mehrkosten würden natürlich weitergegeben

an Mieter, Konsumenten, Endverbraucher. Diese bezahlen aber im Gegenzug keine Mehrwertsteuern mehr.

Die Initiative steht etwas schräg in der Landschaft, weil viele inländische Produkte schon heute nicht mit den ausländischen konkurrieren können, sei es aus Währungsgründen oder weil die Schweiz nach wie vor ein Hochlohnland ist. Und nun soll sie auch noch eine heile Welt mit Energiesteuer werden – mit nicht abschätzbaren Folgen.

Mit einer massiven Dieselpreiserhöhung wird es noch teurer, in der Schweiz Lebensmittel zu produzieren. Vielleicht schwebt den Initianten vor, dass wir dann wieder die Pferde vorspannen? In unseren Nachbar-

ländern ist die Produktion unter kostengünstigeren Bedingungen möglich, also wird wieder mehr importiert. Die Lastwagen, welche Güter ins Land bringen, tanken sicher vor der Grenze und bezahlen somit keine Energiesteuer; auch die Autofahrenden in Grenznähe werden dies so machen.

Die Energiesteuer muss abgelehnt werden! Sie schafft unfaire Bedingungen gegenüber dem Ausland – und will das ausgeklügelte Mehrwertsteuersystem, die wichtigste Einnahmequelle unseres Landes, durch ein unrealistisches, unüberlegtes Fantasiensystem ersetzen.

Margreth Rinderknecht,  
SVP-Kantonsrätin,  
Wallisellen

## Eine Abzockerinitiative

**Zur eidgenössischen Abstimmung vom 8. März über die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer»**

Dass wir unseren Gesamtenergieverbrauch und die Erdölabhängigkeit reduzieren müssen und können, ist auch aus meiner Sicht richtig. Dies geschieht aber am besten mit Technologieeinsatz ohne Technologieverbote sowie mit persönlichen Verhaltensänderungen. Die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer» will – wie die heutige Mehrwertsteuer – jährlich circa 20 bis 25 Milliarden Franken in die Bundeskasse bringen. Dies führt zu einer massiven Verteuerung der Energie aus sogenannten nicht erneuerbaren Energiequellen, was nach Vorstellung der Grünliberalen Partei (GLP) vor allem fossile

Brenn- und Treibstoffe sowie AKW-Strom betrifft. Weil diese Steuereinnahmen dem Durchschnitt der Mehrwertsteuer der letzten fünf Jahre entsprechen sollen, wird dieser Energiesteuersatz bei sinkendem Energieverbrauch ständig steigen, was zu horrenden Energiepreisen führen würde, trotz vagen Ausnahmeregelungen. Der heutige Mehrwertsteuersatz ist in der Verfassung verankert, was bei Änderungen eine Volksabstimmung garantiert, während diese Initiative einen Automatismus für Steuererhöhungen beinhaltet.

Wer die Energie verteuert, bewirkt eine massive Erhöhung der gesamten Lebenshaltungskosten, weil überall für Produktion, Lagerung, Transport und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen

Energie benötigt wird. Auch die Bürokratie wird trotz Abschaffung der Mehrwertsteuer aufgebläht, weil für diese Energiesteuer ein enormer administrativer Aufwand für die Verrechnung der Anteile an sogenannt nicht erneuerbarer und/oder grauer Energie in Gütern und Dienstleistungen nötig ist. Was ebenfalls unterschlagen wird, ist die Tatsache, dass diese neue Energiesteuer zwar die Mehrwertsteuer ersetzen soll, aber zusätzlich zu den weiterhin geltenden Mineralölsteuern, Schwerverkehrssteuern, Autobahnvignetten, CO<sub>2</sub>-Steuern, Klimarappen usw. erhoben werden soll. Zu einem solch überrissenen Energie-Abzockersystem gibt es am 8. März nur eine Antwort: Nein danke!

Markus Wäfler, Steinmaur

## Breite schulpolitische Erfahrung

**Zur Wahl vom 8. März in die Primarschulpflege Bülach**

Zurzeit fehlen der Primarschulpflege Bülach zwei Mitglieder. Höchste Zeit, dass diese Vakanten besetzt werden. Am 8. März haben wir die Gelegenheit, wenigstens ein neues Pflgemitglied zu wählen. An der Ersatzwahl im vergangenen November erzielte Karin Loeffel mit 965 Stimmen das beste Resultat, verpasste dabei aber leider das absolute Mehr. Nun tritt sie wieder an.

Seit 2008 engagiert sich Karin Loeffel in der Elternmitwirkung (EMW) des Schulhauses Lindenhof. Die letzten Jahre war sie deren Präsidentin und überführte diese in neue Strukturen: den Elternrat. Mit viel persönlichem und zeitlichem Engagement ent-

wickelt sie nun – zusammen mit dem Vorstand – dieses Gremium weiter. Zudem ist Karin Loeffel Delegierte für die Primarschulen der Stadt Bülach in der Kantonalen Elternmitwirkungsorganisation (KEO).

Viel Herzblut für die Kinder und ihre Eltern, ihre Umsicht in organisatorischen Belangen und ihre Integrationsfähigkeit zeichnen sie aus. Als Biologin gestaltete sie tatkräftig die Biodiversitätstage des Schulhauses Lindenhof. Ich bin überzeugt, dass sie mit ihrer breiten schulpolitischen Erfahrung, ihrem Durchhaltewillen und ihrem «Teamspirit» bestens qualifiziert ist für das Amt einer Schulpflegerin.

Norbert von Euw,  
Lehrer, Bülach

## Griechenproblem nur aufgeschoben

**Zum angedrohten Austritt Griechenlands aus der Eurozone (Grexit)**

Die Abwendung des Grexit wird als Erfolg dargestellt. Das Problem wurde jedoch nur aufgeschoben. Die Griechen haben versucht, möglichst viel herauszuschlagen. Mehr als eine Atempause haben sie aber nicht bekommen. Sie mussten mit leeren Händen nach Hause gehen.

Offiziell geben sie sich zufrieden mit den Brosamen; doch es ist zu befürchten, dass sie insgeheim den nächsten Streich vorbereiten, damit sie bei ihren Wählern nicht komplett das Gesicht verlieren. Dazu brauchen sie aber zuerst eine Beruhigung.

Herbert Fritsch, Bassersdorf

## Leserfoto



Der Winter hat sich noch einmal kurz zurückgemeldet.

Shaul Barkai, Steinmaur

## Die Initiative ist eine Fehlkonstruktion

**Zur eidgenössischen Abstimmung vom 8. März über die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer»**

Die Grünliberalen haben eine Initiative lanciert. Diese verlangt, dass die Mehrwertsteuer abgeschafft wird. Neu soll dafür eine Steuer auf alle nicht erneuerbaren Energien (Öl, Benzin, Atomstrom usw.) eingeführt werden.

Sämtliche in der Schweiz hergestellten Produkte würden sich durch die neue Energiesteuer verteuern, die Schweiz ihre Attraktivität als Produktionsstandort verlieren. Aber auch die Handwerker wären aufgrund hoher Treibstoffkosten gegenüber den ausländischen Anbietern im Nachteil. Der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen wäre im ganzen Land die Folge.

Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen würde das Volk durch die Verteuerung von Lebensmitteln zusätzlich geplagt. Denn alle in der Schweiz hergestellten Lebensmittel würden durch die neue Steuer deutlich teurer. Vor

allem Menschen mit tiefem Einkommen und Familien wären am stärksten betroffen.

Im Bereich der Wohnkosten müssten viele Menschen tiefer in den Geldbeutel greifen. Jene, welche sich keine Wohnung in einem Minergie-Neubau leisten können, wären im Nachteil. Die neue Energiesteuer würde die Nebenkosten für Heizung und Warmwasser um ein Mehrfaches erhöhen. Diese Folge würde man als Mieter spüren, aber auch als Eigentümer.

Die Initiative ist aber auch ökologisch mehr als fragwürdig, denn die Exportindustrie wäre von der Steuer befreit. Ein verantwortungsloser Exporteur könnte beliebig viele Emissionen verursachen, steuerfrei. Der verantwortungsvolle und nachhaltige Produzent, welcher den heimischen Markt beliefert, würde hingegen mit der Energiesteuer abgestraft.

Aus all diesen Gründen stimme ich überzeugt Nein zur Initiative «Energie statt Mehrwertsteuer».

Stefan Schmid, Niederglatt

## Stadträtin ist ein Teilzeitjob

**Zum Opfiker IV-Fall Jud**

Was nach meiner Ansicht jetzt nicht passieren darf, ist, dass man generell IV-Bezüger (und auch Behinderte) von einem politischen Amt ausschliesst, nur weil diese eine IV beziehen.

Gerade das ist ja die Idee einer Teilrente, dass die Person trotzdem einer geregelten Teilzeit-

arbeit nachgehen muss/kann und somit integriert bleibt. Ein Stadtratmandat in Opfikon ist nach meinem Verständnis ein Teilzeitjob und vorausgesetzt, die Arbeit kann ordentlich ausgeführt werden, sollte dieses Amt auch einer Person mit einer Einschränkung offenstehen.

Edgar Urech, Nürensdorf